Abend-Ausgabe.

Berliner Tageblatt.

Nr. 204. **Berlin, Donnerstag, den 1. Mai 1884.** **XIII. Jahrgang.**

Politische Tagesübersicht.

Die Staatsrathsfrage in gouvernementaler Beleuchtung.

Man thut recht daran, liberalerseits an das neue Staatsrathsprojekt in Preußen vorläufig weder Hoffnungen, noch große Befürchtungen zu knüpfen. Noch ist die Gestalt, die das Projekt schließlich nehmen wird, in tiefes Dunkel gehüllt, und bei den eigenartigen persönlichen Faktoren, welche dabei mitsprechen, ist dieses Dunkel nur natürlich. Es ist die Staatsrathsfrage bei ihrer unmittelbaren Beziehung zum Könige und dem königlichen Hause einerseits und zu dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerium andererseits unzweifelhaft eine höchst delikate, eine Frage, deren Behandlung den größten politischen Takt, die peinlichste Zurückhaltung fordert. Um so mehr verdient es registrirt zu werden, wie man im Lager der bedingungslosen Anhänger des Reichskanzlers die Sache behandelt und behandelt wissen will. Die „Post" macht sich mit naiver Offenheit zum Organ dieser Anschauungen der „Partei Bismarck sans phrase," indem sie das ganze Staatsrathsprojekt und namentlich den angeblich bereits fest beschlossenen Vorsitz des Kronprinzen in der neu zu belebenden Körperschaft als nichts Anderes als ein gouvernementales Wahlmanöver charakterisirt. Das Blatt meint, der Vorsitz des Kronprinzen im Staatsrath werde die bekannten „fusionistischen Flunkereien" rechtzeitig, d. h. „noch ehe diese Partei unter der bei der monarchischen Gesinnung unseres Volkes ohne Zweifel wirksamen Parole der Zustimmung des Thronerben in die Wahlen gehen kann," auf das Bündigste widerlegen. Denn wenn der Kronprinz an die Spitze des Staatsrathes trete, falle nicht nur die Unterstellung eines prinzipiellen Gegensatzes gegen die positiven Ziele der gegenwärtigen Politik in sich zusammen, sondern es werde auch mit unzweideutigster Bestimmtheit Jedermann klar gemacht, daß innerhalb des Königshauses die „deutschfreisinnige" Lehre, wonach der Monarch nicht selbst das Regiment führen, sondern wesentlich als Ministerernennungsmaschine nach dem Willen der Majorität fungiren solle, keine Stätte habe.

Die Unzufriedenheit der heutigen Regierungspartei, die Stellung eines konstitutionellen Monarchen zu verstehen, ist zu bekannt, als daß wir der hierauf sich beziehenden Aeußerung der „Post" irgend welche Erwiderung angedeihen zu lassen brauchten. Aber daß die Partei, welche für sich immer und überall den Ruhm allein vollkommener Regierungs- und Königstreue in Anspruch nimmt, den Erben der Krone Preußens als Trumpf in den bevorstehenden Hetzereien um die Reichstagswahlen ausspielen die Stirn hat, das verdient in der That vor dem ganzen Reiche gebrandmarkt zu werden. Komisch wirkt es, wenn die „Post" sich so anstellt, als wünsche sie nur zu verhindern, daß von anderer Seite eine derartige Taktlosigkeit begangen werde. Der liberalen Partei — das beweist die Geschichte der letzten fünf Jahre Blatt für Blatt — ist es noch nie in den Sinn gekommen, den Namen des Kronprinzen des deutschen Reichs in solcher Weise zu mißbrauchen.

Gewiß blickt Alles, was „liberal" heißt, in Deutschland mit hoher Freude und Genugthuung auf den Liberalismus des deutschen Kronprinzen, wohl haben wir nachdrücklich gegenüber jenen von der konservativen Partei protegirten und auch von der Post geförderten sozialen Hetzereien der Herren Stöcker, Wagner und Konsorten gegen einen Theil unserer Mitbürger auf die scharfe Mißbilligung hingewiesen, welche der Kronprinz über diese regierungstreue Agitation ausgesprochen hat, und wo auch immer in Zukunft der Kronprinz es für angemessen finden wird, aus seiner gebotenen Reserve heraus zu treten, um öffentlich das Seinige dazu zu thun, damit die Bäume der Reaktion nicht in den Himmel wachsen, da werden wir es als unser Recht und unsere Pflicht betrachten, das Volk von der Meinung und dem Willen des „Erben der Krone" zu unterrichten. Aber darüber hinaus wird die liberale Partei auch in dem bevorstehenden Wahlkampfe niemals gehen, sie wird sich hüten, den Namen des Kronprinzen in der pflichtmäßigen Opposition gegen die als schädlich erkannten Projekte des Reichskanzlers zu mißbrauchen, Pläne, für welche die Reaktion den Namen des Kaisers gerade laut genug in Anspruch nimmt.

Und hat denn die Uebernahme des Vorsitzes im preußischen Staatsrath durch den Kronprinzen an sich in der That die Bedeutung, welche die „Post" ihr vindizirt? Muß denn nothwendig aus der Bereitwilligkeit des Thronerben zu diesem Schritt geschlossen werden, daß er bedingungslos zu allen Bismarckschen Gesetzgebungsprojekten „ja" sagt? An sich ist dieser Schluß ganz gewiß nicht gerechtfertigt, obgleich wir nicht daran zweifeln, daß die „Post" nach ihrer vielleicht genaueren Kenntniß des Fürsten Bismarck davon überzeugt ist, der Reichskanzler würde den Staatsrath nun und nimmermehr aufs Tapet gebracht haben, wenn er in ihm irgend welche Opposition zu finden fürchtete. Die „Post" erblickt in dem neu zu belebenden Staatsrath — mit oder ohne kronprinzlichen Vorsitz — lediglich einen neuen „Ja-Sage-Apparat". Natürlich glaubt sie, wie gesagt, damit den Gedanken Bismarcks voll zu entsprechen, und wir denken nicht daran, mit ihr über die Richtigkeit dieses Glaubens zu streiten. Möge er sie glücklich machen! Um so dreister wird freilich die Taktlosigkeit, mit welcher die „Partei Bismarck" den Vorsitz des Kronprinzen in dem also gedachten Staatsrath für ihre Wahlzwecke benutzen will.

---

* Im Abgeordnetenhause wurde gestern und heute die Nachricht kolportirt, Fürst Bismarck sei nicht nur nicht mit dem Schluß der Landtagssession in der Mitte des Monats Mai einverstanden, sondern er bestehe im Gegentheil auf Durchberathung und Erledigung der Steuerentwürfe. Die Mittheilung fand indessen nur ein ungläubiges Lächeln als Antwort. Das Schicksal der Steuervorlagen ist besiegelt, den hippokratischen Zug, den die Gesetze in der unendlichen Oede einer zweimonatlichen, vom Interesse der Nation nicht getragenen Kommissionsberathung angenommen haben, kann ihnen kein noch so mächtiger Wille mehr nehmen. Höchstens ist in der Verbreitung der Meldung, als ob der Kanzler nun plötzlich seine Energie in den Dienst der Schulzschen Entwürfe stellen wolle, das Bestreben maßgebend, dem Finanzminister etwas Angenehmes zu sagen, was nebenbei zu nichts verpflichtet. Daß die Session selber Mitte Mai wird geschlossen werden können, ist indessen, ganz abgesehen von den Steuerfragen, zu bezweifeln. Schon die großen Verstaatlichungsvorlagen, deren Berathung noch aussteht, müssen eine derartige Disposition durchkreuzen.

---

* Das Gesetz über die Verpflichtung der Privatbahnen zu baulichen Anlagen im strategischen Interesse ruht noch in den Ausschüssen des Bundesraths. Die Verzögerung, welche die Berathung der verhältnißmäßig einfachen Materie erfahren hat, ist einigermaßen auffällig gefunden worden. Es ist nicht unmöglich, daß partikularistische Bedenken gegen die Vorlage erhoben worden sind, die allerdings in die Eisenbahnhoheit der Einzelstaaten stellenweis recht stark eingreift, hierbei aber durchweg im Rahmen der Reichsverfassung verbleibt. Wenn der Reichstag vorzeitig aufgelöst werden sollte, so wäre das nicht zuletzt im Interesse gerade dieses Gesetzes zu bedauern, dem die Zustimmung aller Parteien gewiß ist, welchen die Entwickelung des Reichs am Herzen liegt.

---

* Die „Nordd. Allg. Ztg." hatte dieser Tage Herrn Professor Virchow zum Vorwurf gemacht, „er dulde es, daß die (liberale) Presse in der Frage der Einfuhr des amerikanischen Schweinefleisches die Arbeit des Gelehrten ignorirt, weil im Parteiinteresse solches nun gerade einmal aus Opportunitätsgründen gelegen ist." — Darauf erwidert Professor Virchow in der „Voss. Ztg." Folgendes:

> Dies ist denn doch eine arge Entstellung der Wahrheit. Ich habe mich neulich der Arbeit unterzogen, zu ermitteln, in welchem Grade die Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch Trichinose in Deutschland hervorgerufen habe. Es hat sich herausgestellt, daß noch nie eine Trichinenepidemie bei uns durch amerikanischen Import entstanden ist, daß sich vielmehr alle Angaben über derartige Erkrankungen auf wenige vereinzelte Fälle in Bremen beschränken. Die Gefahr, welche die deutsche Bevölkerung durch die im Inlande gezüchteten Schweine erfährt, ist eine unendlich viel größere. Betrachtet man daher mit der „Nordd. Allg. Ztg." die Gefahren des amerikanischen Imports als groß genug, um daraus das Einfuhrverbot zu rechtfertigen, so würde die logische Konsequenz sein, daß man die Schweinezucht in Deutschland gänzlich untersagt. Ich gehe soweit nicht, ich bin zufrieden damit, daß man obligatorische Untersuchung des Schweinefleisches fordert. Dies fordere ich auch für den amerikanischen Import, obwohl die durch denselben bedingte Gefahr eine um so viel geringere ist. Die „Nordd. Allg. Ztg." wird aus dieser Ausführung entnehmen, daß meine wissenschaftlichen Vorderväge mit den praktischen Forderungen, welche die liberale Presse vertheidigt, in vollem Einklange sind, und daß ich keine Veranlassung habe, dagegen Einspruch zu erheben."

Mit der „Trichine des armen Mannes", die in der konservativen Wirthschaftspolitik eine so wichtige Rolle spielt, wor es also wieder einmal nichts. Professor Virchow entlarvt die ganze Heuchelei der „Norddeutschen" und ihrer Hintermänner durch die Bemerkung, wenn es ihnen wirklich um den Schutz der kleinen Leute vor Trichinengefahr zu thun wäre, so müßte die ganze deutsche Schweinezucht verboten werden, weil deutsche Schweine unsäglich viel Trichinenerkrankungen veranlaßt haben, amerikanische aber fast gar nicht. Das heißt: den Nagel auf den Kopf treffen! Nun werden wir sehen, was die „Norddeutsche" darauf zu antworten weiß.

---

* Ein Privattelegramm unseres ga-Korrespondenten in München meldet uns: Der Termin in der Beleidigungsklage des Berliner Polizei-Präsidenten v. Madai gegen den Herausgeber der „Süddeutschen Post", den Sozialdemokraten Viereck, und den Schriftsteller Michael, ist wegen Erkrankung des Letztern vertagt worden. Die Anklageschrift enthält überaus interessante Punkte, deren Wiedergabe aber vorläufig unthunlich erscheint, da die Schrift noch nicht öffentlich verlesen ist.

---

* Aus Karlsruhe, 29. April, berichtet uns unser dortiger Korrespondent: Der Bericht über die Motion des Abgeordneten v. Buol, die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen betreffend, erstattet vom Abgeordneten v. Neubronn, ist soeben erschienen. Die Motion beantragt, daß den Ständen in Bälde ein Gesetzentwurf in Betreff der Zwangsvollstreckungen in Liegenschaften vorgelegt werde, welcher von dem Grundsatze ausgeht, daß der Verkauf nur unter Wahrung der besseren Rechte der dem betreibenden Gläubiger vorangehenden Gläubiger, somit insbesondere nur dann geschehen darf, wenn das höchste Gebot zur Deckung der Vorhypotheken ausreicht. Die Mehrheit der Kommission hat ihre Auffassung wie folgt zusammengefaßt: Das von der Motion vorgeschlagene sogenannte Deckungssystem verdiene sowohl juristisch als wirtschaftlich den Vorzug von unserm jetzigen Verkaufssystem und werde jedenfalls mit den Grundsätzen der preußischen Grundbuchordnung in das deutsche Civilgesetzbuch übergehen. Doch die Kommission war auch der Ansicht, daß es in direktem Gegensatze stehe mit dem Geiste und Einzelinhalt des französischen Pfandrechts, tief eingreifende Gesetzesänderungen erforderlich mache und mit den sittlichweigenden und Generalhypotheken nicht durchführbar sei. Der Antrag der Kommission geht deshalb dahin, der Motion in der Fassung, wie sie eingebracht ist, nicht beizutreten, sie aber der Regierung zur Erwägung in der Richtung zu überweisen, ob der Verwirklichung ihres Grundgedankens etwa unter Beseitigung des richterlichen Pfandrechts näher getreten werden könnte.

---

* Als neulich schnell nacheinander der erste Senatspräsident und der Chefpräsident des gemeinschaftlichen thüringischen Oberlandesgerichts zu Jena starben, wurde die Frage angeregt, ob es sich nicht empfehlen würde, mit Rücksicht auf den Geschäftsumfang des Gerichts eine Senatspräsidentenstelle einzuziehen. Diese Frage scheint nunmehr in einem verneinenden Sinne entschieden zu sein, denn nachdem der Staatsrath Dr. Prager in Weimar zum Chef-Präsidenten ernannt ist, heißt es, daß Oberlandesgerichtsrath v. Blänckner die erledigte Staatspräsidentenstelle erhalten soll. In Fachkreisen ist man darüber nicht wenig verwundert; man hält überhaupt die Zahl der Räthe am Jenaer Gericht für viel zu hoch bemessen und ist der Ansicht, daß bei jeder sich darbietenden Vakanz Stellen eingezogen werden müßten, um die finanziellen Interessen der betheiligten Staaten zu wahren. Während nämlich das Oberlandesgericht zu Jena mit 1,185,982 Gerichtseingesessen mit

---

Deutscher Kolonialverein, Abtheilung Berlin.

(Spezial-Bericht des Berliner Tageblatts.)

Im Saale des Kaiserhofes fand gestern Abend die erste Generalversammlung der jüngst konstituirten Abtheilung Berlin des deutschen Kolonialvereins statt. Unter den zahlreich erschienenen Anwesenden bemerkte man die Herren Reichsamtmeister Lucius, Kontre-Admiral v. Schleinitz, die Abgeordneten H. H. Meier, Jung, Dr. Hammacher, v. Eckardstein, Fürst Hohenlohe-Langenburg, Graf Behr-Behrenhof, Minister a. D. Hobrecht, v. Cuny, Graf Frankenberg-Tillowitz, Hoppe, Witte-Rostock, den sächsischen Gesandten Graf Nostitz-Wallwitz, Bürgermeister Duncker, Dr. Jannasch und viele andere Personen von Distinktion.

Der Vorsitzende Graf Frankenberg-Tillowitz eröffnete die Versammlung mit einigen Begrüßungsworten und knüpfte daran die Mittheilung, daß der Staatssekretär Graf Hatzfeldt brieflich sein Bedauern ausgedrückt habe, der Sitzung dringender Geschäfte wegen nicht beiwohnen zu können. In einem Rückblick auf die bisherige Thätigkeit des deutschen Kolonialvereins entwickelte der Vorsitzende dann eine das Folgende: Als der Verein vor etwa 1½ Jahren gegründet wurde, war nur geringe Hoffnung vorhanden, daß sich der Erfolg zu einem nachhaltigen gestalten werde. Mit hoher Genugthuung sei jedoch zu konstatiren, daß der Erfolg alle Erwartungen übertroffen habe. Es zählt der Verein augenblicklich bereits mehr als 4000 Mitglieder. Dringend zu wünschen war es jedoch, daß sich auch die Reichshauptstadt kräftig einstelle, ohne deren Mitwirkung eine gedeihliche Entwickelung nicht zu erhoffen sei. So habe sich denn vor Kurzem die Abtheilung Berlin konstituirt und bereits einen provisorischen Vorstand gewählt. Die ansehliche Versammlung gebe die Bürgschaft, daß der Verein sich lebenskräftig erweisen werde. Zur Erreichung der vorgesteckten Ziele bedürfe der Verein sehr erheblicher Mittel, es sei darum eine immer weitere Betheiligung dringend erwünscht. Der Verein habe die Absicht, die Kolonial-Zeitung noch wesentlich zu erweitern. Eine Mittheilung über die praktischen Projekte, welche demnächst der Verwirklichung zugeführt werden sollen, sei leider nicht möglich. Solche Projekte müßten zuvor fix und fertig sein, damit die feindliche Konkurrenz des Auslandes nicht die Cirkel störe. Doch könne er versichern, daß mehrere Projekte der Ausführung sehr nahe seien.

Es ergreift darauf der Präsident des deutschen Kolonialvereins Fürst Hohenlohe-Langenburg das Wort. Mit Recht verlange die öffentliche Meinung einen Bericht über die Thätigkeit des Vereins während dessen sechszehnmonatlichen Bestehens. Es müßten erst greifbare Thatsachen vorliegen, bevor der Beitritt zu dem Vereine ein allgemeinerer werden könne. Allein es sei auch zu bedenken, daß sich das Verständniß für die Ziele des Vereins erst nach und nach erzielen lasse. Ermöglicht sei der Verein erst durch die Einigung des deutschen Reiches worden. Es sei nothwendig, den Ueberschuß der deutschen Arbeitskraft von den Fesseln, die ihn der Rahmen des deutschen Vaterlandes angelegt, zu befreien. Anzuerkennen sei, was zur Propagirung der Kolonisirungsfrage bereits von mehreren seit längerer Zeit bestehenden Vereinen geleistet worden, so namentlich von dem Centralverein für Handelsgeographie, von dem westdeutschen Verein, von den Vereinen in Stuttgart, München u. s. w. Unabweisbar war es jedoch, einen Centralpunkt zu schaffen, von welchem aus die Idee sich immer weiter ausbreiten konnte. So sei der in Frankfurt a. M. domizilirende deutsche Kolonialverein entstanden, der bei den hervorragendsten Männern eine sehr wohlwollende Aufnahme gefunden habe. Durch Vorträge bedeutender Fachgelehrten, sowie durch die Publikationen der Kolonialzeitung sei das Interesse für die Ziele des Vereins in erfreulichster Weise gehoben worden. Doch nicht nur theoretische, sondern auch praktische Propagirung habe der Verein ins Auge gefaßt, denn offenbar sei es, daß ohne praktische Erfolge die dem Verein zugewendete Gunst bald dahinschwinden würde. Massenhafte Projekte seien dem Verein unterbreitet worden, viele davon habe man vorläufig bei Seite gelegt, zwei Projekte seien jedoch der Durchführung nahe. Geboten sei die größte Diskretion, es müßte daher bis auf Weiteres über die Ziele der bevorstehenden Niederlassungen das strengste Geheimniß beobachtet werden. Mittel seien in genügendem Maße zur Realisirung dieser beiden Projekte vorhanden und binnen Jahresfrist werde man hoffentlich mit einem praktischen Erfolge vor die Oeffentlichkeit treten können. Der deutschen Kolonie in Syrien, für welche der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl ein lebhaftes Interesse bekundet, sei auf ihre direkte Bitte von dem Verein eine Unterstützung zu Meliorationen zugewendet worden. Neuerdings sei ein neuer Plan zur Begründung eines Musterlagers deutscher Exportartikel in einem großen deutschen Seehafenort ausgearbeitet worden und es sei zu hoffen, daß diese für die deutsche Industrie außerordentlich wichtige Idee sehr bald zur Durchführung gelangen werde. Der Verein glaubt damit den Vorwurf, daß er nur theoretische Ziele verfolge, zu entkräften. Es bestehe ferner die Absicht, Experten über See zu entsenden, welche dem Verein eingehenden Bericht zu erstatten hätten. Kein Mittel sei geeigneter, die soziale Frage zu lösen, als die Bestrebungen des Kolonialvereins, der zwar kein Gründerverein sei, die Tendenz des Geldmachens entschieden von sich weise, aber, über allen Parteien stehend, den geistigen Mittelpunkt für die Kolonisationsfrage zu bilden berufen sei. Fürst Hohenlohe-Langenburg schließt mit einem Appell an die Bevölkerung von Berlin zu kräftiger Unterstützung des Vereins.

Geheimrath Dr. Geffken hielt darauf einen außerordentlich geistvollen Vortrag über die Kolonisationsfrage, in welchem er an der Hand reichen statistischen Materials die zwingende Nothwendigkeit für Deutschland nachwies, den Weg der Kolonialpolitik zu beschreiten. Der Redner schloß mit folgenden Worten: „Wir haben Alles, was zur Kolonisation nöthig ist, — soll es uns an Thatkraft fehlen? Jede neue Kolonie wird auch eine neue Klammer der deutschen Einheit werden.

Missionsinspektor Dr. Fabri verbreitete sich sodann über die Frage: „Was und wie kann etwas geschehen?" wobei er zunächst die Hoffnung ausdrückte, daß nicht noch einmal ein „Samoa-Projekt" abgelehnt werde. Durch diese Ablehnung sei bedauerlicher Weise der erste Schritt vereitelt worden. Es sei geradezu befremdlich, warum sich in Deutschland beispielsweise noch keine transatlantische Eisenbahngesellschaft konstituirt habe, wie solche in England, Frankreich, Belgien und Nordamerika bestehen. Besitze Deutschland auch kein Universalgenie wie Lesseps, so würden sich doch wohl 20 kleine Lesseps finden, die vereint Nehmliches leisten könnten, wie der große Franzose. Zu wünschen wäre es, daß auch die Regierung endlich zu der Kolonialfrage Stellung nehme. Es sei unrichtig, wenn man sage, daß die Welt bereits vergeben sei.

Generalsekretär Annecke meint, wenn Afrika erst in ähnlichem Maße eine weiße Bevölkerung haben werde, wie die amerikanische Union, dann werden die Berliner Reisenden ebenso oft den Tanganika-See besuchen, wie heute den Missouri und Colorado.

Nach einer ziemlich lebhaften Diskussion machte der Vorsitzende noch die Mittheilung, daß der Hauptverein in Frankfurt a. M. in seiner Montagssitzung eine Resolution angenommen habe, in welcher der Reichskanzler ersucht wird, gegen den portugiesisch-englischen Kongovertrag Protest einzulegen. Der Abgeordnete H. H. Meier (Bremen) macht hierbei zu der ihm umstehenden Gruppe die lakonische Bemerkung: „Dann wird der Reichskanzler sagen: Das habe ich schon längst gethan!" In gleicher Weise meinte Herr H. H. Meier zu Herrn Dr. Fabri: „Wenn ich seinerzeit energisch gegen die Samoafrage opponirt habe, so geschah es nur, weil ich wünschte, daß der erste Schritt kein verfehlter sei."

Dr. H. Z.